



Formular CH@WORLD: **A754**

Schweizerische Vertretung in: <b>Athen</b>	
Land: <b>Griechenland</b>	Letzte Aktualisierung: <b>15.07.2016</b>

## Wirtschaftsbericht

### Zusammenfassung

Griechenland erhält seitens der Eurozone Länder und des Internationalen Währungsfonds (IWF) **seit Mai 2010** finanzielle Unterstützung. Im August 2015 startete das **dritte Unterstützungsprogramm** des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, das dem Land bis 2018 finanzielle Mittel von bis zu 86 Mrd. Euro bereitstellen kann. Im Mai 2016 konnte - wenn auch mit einer monatelangen Verspätung - die erste Überprüfung des Umsetzungsprogramms abgeschlossen und die erste Hilfsrate in Höhe von 10,3 Mrd. Euro freigeschaltet werden. Um dies zu bewirken, hatte Griechenland zuvor eine Reihe von Spar- und Reformmassnahmen („prior actions“) umzusetzen.

Im Zuge der sich verschlechternden Finanzlage des Staates im Frühjahr 2015 beschäftigte die Gefahr eines Zahlungsausfalles bzw. eines **„Grexit“** erneut Ökonomen und Politiker. Die Ende Juni 2015 eingeführten **Kapitalverkehrskontrollen** verbunden mit der wochenlangen **Schliessung der Banken** brachten eine weitere schwere Belastung für die unter Druck geratene Bevölkerung und die Unternehmen. Nach einem Jahr sind die Kapitalverkehrskontrollen, wenn auch in abgeschwächter Form, weiterhin in Kraft.

Seit Beginn des ersten Hilfsprogramms im Jahr 2010 befindet sich die **griechische Wirtschaft** fast permanent in Rezession. Das Brutto sozialprodukt hat seither mehr als 25% eingebüsst. Nach einem geringen Wachstum 2014 in Höhe von 0,7%, kehrte die griechische Wirtschaft 2015 erneut auf den Rezessionspfad zurück und **schrumpfte um 0,3%**. Für 2016 wird ein **Negativwachstum von 0,6% des BIP** erwartet. Mit einer leichten Erholung wird erst in der zweiten Jahreshälfte gerechnet. Im ersten Quartal 2016 schrumpfte das reale BIP um 1,3%. Das BSP betrug 2015 176 Mrd. Euro.

Die **Arbeitslosigkeit** lag im ersten Quartal 2016 bei **24,9 %**, Tendenz gleichbleibend hoch.

Die **Staatsverschuldung** Griechenlands fiel 2015 von 180,1 auf **176,9% des BIP** (321,3 Mrd. Euro). 62,5% davon entfallen auf die europäischen Rettungsprogramme GLF, EFSF und ESM und 6,1% sind IWF-Kredite. Weitere knapp 18% sind Staatsobligationen.

Der **Primärüberschuss** lag 2015 bei **0,7% des BIP** und übertraf damit deutlich die im Rahmen des Hilfsprogramms vereinbarte Vorgabe für ein Defizit von 0,25%. Für 2016-2018 liegen die Zielwerte bei 0,5%, 1,75% resp. 3,5% des BIP.

Die **Teuerung** betrug Ende 2015 **-1,1%** und fiel im Juni 2016 auf **-0,7%**. Damit verzeichnete sie zum 40. Mal in Folge einen negativen Monatswert.

Die **strukturellen Probleme** Griechenlands (Reformstopp) und die **politischen Unsicherheiten** wirken sich auch 2015 negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Dies widerspiegelte sich u.a. in der Herabstufung Griechenlands durch verschiedene Ratingagenturen.

Die **Schweiz** ist gemäss griechischen Statistiken der **6. grösste ausländische Direktinvestor**, die **griechischen Auslandsinvestitionen in der Schweiz** sind vernachlässigbar.

Die **schweizerischen Ausfuhren nach Griechenland** belegten 2015 den **22. Platz**. Im ersten Quartal 2016 verzeichneten sie ein Minus von 0,5% gegenüber dem Vorjahr.

Die **griechischen Exporte in die Schweiz** belegten 2015 lediglich den **41. Platz**. Im ersten Quartal 2016 stiegen die griechischen Ausfuhren um 13,7% gegenüber dem Vorjahr.

Griechenland ist für Schweizer Touristen eine **sehr beliebte Reisedestination**. 2015 bereisten über **390'000 Schweizerinnen und Schweizer** das Land.

## 1 Wirtschaftliche Probleme und Herausforderungen

Die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands steht **seit Herbst 2014 im Zeichen der wirtschaftlichen Unsicherheit**. Während Hellas in der ersten Jahreshälfte vorsichtige Fortschritte bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht hatte, im Frühjahr erstmals an den Markt für Staatsanleihen zurückkehrte<sup>1</sup>, kam der **Reformprozess spätestens ab Sommer 2014 ins Stocken**, dies im Zuge der Regional- und Europawahlen und einer Kabinettsumbildung der damaligen konservativen Regierung von Premierminister Antonis Samaras. Bis zu diesem Zeitpunkt setzte Griechenland eines der härtesten Konsolidierungsprogramme um, in dessen Zug das Haushaltsdefizit massiv reduziert werden konnte. Die auf Druck der Gläubiger im Rückblick oftmals **allzu rigoros durchgeführten sparpolitischen Massnahmen** fanden in der Bevölkerung immer weniger Rückhalt, was letztlich zu einer Verschlechterung der politischen Lage und zur Durchführung von vorgezogenen Neuwahlen im Januar 2015 führte.

Die von SYRIZA<sup>2</sup> und ANEL<sup>3</sup> aus den Wahlen vom 25.1.2015 hervorgegangene **Regierungskoalition von Premierminister Alexis Tsipras** erklärte es zu ihrem wichtigsten Ziel, die seit 2010 existierende Austeritätspolitik der konservativen Vorgängerregierungen möglichst rasch hinter sich zu lassen und die Auflagen der Memoranden der ungeliebten Gläubigertroika (EU-Kommission, EZB, IMF) abzuschütteln. Der **radikale Politikwechsel in Griechenland** und die Unnachgiebigkeit der neuen Regierung und der Gläubiger, zu einem für beide Seiten annehmbaren Kompromiss zu gelangen, führten 2015 zu einer Verschärfung der politischen Krise und einer **erhöhten Verunsicherung über den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone** („Grexit“-Diskussion), dies mit schwerwiegenden Folgen für die Realwirtschaft und die griechischen Banken.

Die ersten fünf Monate der Regierung Tsipras waren geprägt von der mit harten Bandagen geführten **Auseinandersetzung mit der Eurogruppe** betreffend **Verlängerung des Programms um weitere vier Monate bis Ende Juni 2015** (Vereinbarung vom 20. Februar) zwecks Abschluss der fünften Überprüfung der Umsetzung des auslaufenden Programms. Widerwillig akzeptierte Athen die mit der Verlängerung des 2. Memorandums verbundene Verpflichtung, die Reformen weiterzuführen. Die Haltung Europas war und ist unmissverständlich klar, dass Athen nur bei ernsthaften Reformanstrengungen weiter auf Unterstützung der Geldgeber zählen kann. Das Scheitern dieser einander diametral entgegengesetzten Strategien führte dazu, dass PM Tsipras keinen anderen Ausweg sah, als in der Nacht vom 26. auf den 27.6. kurzfristig ein **Referendum** über die Annahme der Kompromissvorschläge der Gläubiger anzukündigen. Das Resultat der Volksbefragung vom 5. Juli ergab einen Neinstimmen-Anteil von 60% und sollte PM Tsipras, der offen für eine Ablehnung des Memorandums warb, den Rücken stärken. Der Druck der Gläubiger und das Risiko vor den unabsehbaren Folgen eines Grexit zwangen den Premierminister jedoch, am EU-Gipfeltreffen vom 12.7. in eine Reihe von Reformmassnahmen einzuwilligen, welche Griechenland als Gegenleistung für die nächsten drei Jahre **via ESM Mittel** in Höhe von bis zu **86 Mrd. Euro** bereitstellen sollten. Am 14.8. wurde die zwischen Griechenland und den Gläubigern **ausgehandelte Vereinbarung zum dritten Hilfspaket und das dazugehörige MoU**, worin zahlreiche Reformen festgehalten wurden, durch die europäischen Finanzminister gebilligt und trat am 19.8. offiziell in Kraft.

An der Verabschiedung der Vereinbarung durch das griechische Parlament am 15.8., die sie mit Hilfe der Opposition gewann, verlor die Regierung jedoch die nötige Mehrheit innerhalb der eigenen Partei. Die parteiinternen Widersacher hatten den Ministerpräsidenten zum wiederholten Mal bei der Abstimmung über die Vereinbarung mit den Gläubigern desavouiert, was ihn am 20.8. veranlasste, zu demissionieren und am 20.9. Neuwahlen auszurufen. Alexis Tsipras gewann zum zweiten Mal in Folge die Parlamentswahlen und bildete am 21.9. gemeinsam mit seinem **Koalitionspartner ANEL** seine neue Regierung.

<sup>1</sup> Im April 2014 wurde eine 5-jährige Anleihe mit einem Volumen von 3 Mrd. Euro zu 4,75% platziert, gefolgt von einer dreijährigen Anleihe im Umfang von 1,5 Mrd. Euro im Juli 2014 zu 3,375%.

<sup>2</sup> Das Wahlkampf motto der radikalen Linkspartei SYRIZA lautete: „Die Hoffnung beginnt heute“.

<sup>3</sup> ANEL ist die rechtspopulistische Partei der Unabhängigen Griechen.

Nach der Verabschiedung von mehreren Spar- und Reformpaketen in Milliardenhöhe gelang es der Regierung – wenn auch mit einer mehrmonatigen Verzögerung – im Mai 2016 die erste Überprüfung des dritten Hilfsprogramms abzuschliessen.<sup>4</sup> Im Frühling 2016 erhielt Griechenland auch den langersehnten „Fahrplan“ für die **Regelung der Schuldenfrage**, der konkrete Vereinbarungen zum Thema ab 2018 in Aussicht stellt.

## 1.1 Konjunktur

Die ersten Anzeichen einer leichten wirtschaftlichen Erholung in den ersten drei Quartalen 2014 blieben 2015 aufgrund der politischen Unsicherheit aus und Griechenland befindet sich **Ende 2014** erneut in einer **Rezession**. Aufgrund der zahlreichen Unsicherheitsfaktoren, welche die griechische Wirtschaft im vergangenen Jahr belasteten, schrumpfte die Wirtschaft 2015 um **0,2%** und das BIP fiel um 500 Mio. Euro auf **185 Mrd. Euro** zurück. Daran vermochte auch die starke **Tourismussaison**, die **Preisentwicklung**, die verbesserte **Import-Export-Bilanz** aber auch der höhere **private Konsum** nichts zu ändern. Trotz den Prognosen für eine Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2016, wird die Wirtschaft auch im laufenden Jahr den Rezessionszyklus nicht durchbrechen können und um 0,3% schrumpfen. Mit einem positiven Wachstum in Höhe von 2,7% wird erst 2017 gerechnet.

Die **Arbeitslosigkeit** erreichte im Dezember 2015 **24,3%** und bildete sich im März 2016 leicht auf 24,1% zurück. Damit handelt sich zwar um den niedrigsten Wert seit August 2012, dennoch bleiben rund **1,2 Mio.** Griechen weiterhin ohne Arbeit. Von 2009-2015 ist die Anzahl der erwerbstätigen Personen um über 16% zurückgegangen. Die höchste Arbeitslosenrate weisen mit 50,4% die Jugendlichen unter 24 auf (EU 28: 18,6%), gefolgt von den Frauen mit 28,7%. Die leicht rückläufige Arbeitslosenquote dürfte mitunter auf die Schaffung von „Mini-Jobs“ und verstärkten Massnahmen zur Bekämpfung der grassierenden Schwarzarbeit zurückzuführen sein.

2015 wies die **Teuerung** zum dritten Jahr in Folge einen negativen Jahreswert auf. Ende Jahr betrug sie **-1,1%** und fiel im Mai 2016 auf -0,2%. Trotzdem bleiben die Ausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse weiterhin hoch, da die Preise nicht dieselbe Korrektur wie die Einkommen erfahren haben. Viele Produktpreise sind im europäischen Vergleich hoch und oftmals Ergebnis von Marktabsprachen und/oder Oligopolen. Durch zahlreiche Steuererhöhungen und die Einführung neuer Steuern (Solidaritätssteuern, Immobiliensteuern, etc.) sind viele Haushalte von einem Zahlungsausfall bedroht.<sup>5</sup> Stark von der Krise betroffen ist nach wie vor der **Immobilienmarkt**, der einst tragende Pfeiler der griechischen Wirtschaft. Von 2008 bis 2015 brachen die Immobilienpreise um rund 40% ein und im ersten Quartal 2016 gingen die Immobilienwerte gegenüber der Vorjahresperiode nochmals um 5% zurück.

## 1.2 Staatshaushalt

Das **Haushaltsdefizit** 2015 belief sich gemäss europäischer Statistik<sup>6</sup> auf **3,53 Mrd. Euro**, was **2% des BIP** entspricht. Die Haushaltskonsolidierung hat sich damit stark verbessert, nachdem das Defizit 2013 noch 12,3% des BIP betrug (22,5 Mrd. Euro).

Der **Primärüberschuss** lag 2015 bei **0,7% des BIP** oder 1,1 Mrd. Euro und übertraf damit deutlich die ursprünglichen Prognosen für ein Defizit von 0,25%. Gemäss dem 3. Memorandum liegen die entsprechenden Zielwerte für 2016 bis 2018 bei 0,5%, 1,75% resp. 3,5% des BIP. Ab 2019 wird die Regierung eine Senkung des Primärüberschusszieles auf 1,5-2% anstreben.

Darüber, dass Griechenlands gegenwärtige **Schuldenlast** langfristig kaum tragfähig ist, besteht unter Ökonomen kaum Zweifel. Die Schulden (central government debt) schrumpften 2015 um 2,8 Mrd. auf **321,3 Mrd. Euro** und verzeichneten gemessen am BIP eine Abnahme von 180,1% auf **176,9% des BIP**. Für das laufende Jahr geht die EU-Kommission in ihrem aktuellen Fortschrittsbericht<sup>7</sup> von einer Verschuldung von 182,9% des BIP (die Bedienungslast beträgt dabei 16,9% des BIP) aus, die Ende 2020 auf 157,3% des BIP fallen soll.

<sup>4</sup> Mit dem Abschluss der ersten Überprüfung wurde eine Hilfsrate in Höhe von 10,3 Mrd. Euro freigeschaltet. Die nächste Programmüberprüfung findet voraussichtlich im Herbst 2016 statt.

<sup>5</sup> Der durchschnittliche Rückgang der verfügbaren Haushaltseinkommen seit Beginn der Wirtschaftskrise beträgt rund 50%.

<sup>6</sup> European System of National and Regional Accounts (ESA 2010).

<sup>7</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/assistance\\_eu\\_ms/greek\\_loan\\_facility/pdf/cr\\_full\\_to\\_ewg\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/pdf/cr_full_to_ewg_en.pdf)

Erfreulich entwickelte sich im Berichtsjahr die **Leistungsbilanz**, die sich gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Mrd. Euro verbesserte und mit **-7,5 Mio. Euro** beinahe ausgeglichen war. Die griechische Leistungsbilanz ist seit 1948 negativ und sowohl 2014 als auch 2013 betrug das Defizit noch 3,7 Mrd. Euro. Damit erzielte Griechenland eine Konsolidierung von ca. 37 Mrd. Euro in nur sechs Jahren. Positiv auf das Leistungsbilanzsaldo wirkten sich die **Rekordeinnahmen im Tourismus** (14,1 Mrd. Euro) und die **tieferen netto Zinszahlungen** (2015: 4,5 Mrd. Euro, 2008: 15,8 Mrd. Euro)<sup>8</sup> aus.

### 1.3 Wirtschafts- und Steuerpolitik

Die griechische Wirtschaft wies in den Jahren 2001 bis 2007 – vorwiegend gestützt auf fremdfinanzierten Konsum – ein im EU-Vergleich überdurchschnittliches Wachstum auf. Das Ausbleiben von Strukturreformen und die Gewährung exzessiver Lohnerhöhungen führten bekanntlich zu einem rasanten Wettbewerbsverlust und riesigen Defiziten beim Staatshaushalt und der Leistungsbilanz. Zur Konsolidierung der Wirtschaft leitete die Regierung unter dem Druck der internationalen Geldgeber **rigorose Spar- und fiskalpolitische Massnahmen** ein. Von 2009 bis 2015 schrumpfte die griechische Wirtschaftsleistung um über 25% und die inländische Konsumnachfrage ging stark zurück. Zudem setzt eine restriktive Kreditvergabepolitik der Bankinstitute dem privaten Sektor und insbesondere den KMUs weiterhin schwer zu.

Von 2010 bis 2018 bilden die **Vereinbarungen (Memoranden<sup>9</sup>) mit den internationalen Kreditgebern** den Rahmen für die Wirtschaftspolitik des Landes. Für 2010-2014 beliefen sich die zugesicherten Unterstützungsmassen auf insgesamt **237 Mrd. Euro**, weitere max. **86 Mrd. Euro** werden bis 2018 zur Verfügung stehen.

Der **wirtschaftspolitische Grundkurs** der Regierung orientiert sich am so genannten **Programm von Thessaloniki**, das SYRIZA im vergangenen Herbst präsentierte. Die Prioritäten des Programms sind: **Wiederherstellung der Liquidität** in der Wirtschaft und **Aktualisierung der institutionellen Rahmenbedingungen für Investitionen** (via Bankenrekapitalisierung, Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP 2014-2020), Bildung einer neuen Entwicklungsbank, Nutzung des neuen 35 Mrd. Euro hohen Investitionspakets „Juncker“), **Förderung und Neuorientierung der Agrarökonomie**, **Entwicklung einer sozialgerechten Wirtschaft**, die **Förderung des Sozialstaates** (Bekämpfung der Humanitären Krise, Förderung von Politiken zur Senkung der Arbeitslosigkeit, Bekämpfung der Rechtswidrigkeiten im Arbeitsmarkt, Schutz und Aufwertung des Gesundheits- und Fürsorgesystems, Stützung und Neugestaltung des Bildungssystems) sowie die **radikale Neugestaltung und Demokratisierung des Staates** (um die Verwaltung neuzugestalten, die Steuerhinterziehung und Korruption zu bekämpfen und die Demokratie in allen Facetten des politischen und sozialen Lebens zu fördern).

### 1.4 Entwicklung in wichtigen Bereichen

#### 1.4.1 Tourismus

Die Einnahmen aus dem Tourismus, der mit einem BIP-Anteil von 16,5% zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen zählt und ca. 800'000 Personen (oder 18,5% aller Erwerbstätigen) beschäftigt<sup>10</sup>, erreichten 2015 mit **14,2 Mrd. Euro** neue Rekordwerte.<sup>11</sup> Viele ausländische Touristen reisten trotz der politischen Instabilität, der aufgeflamnten ‚Grexit‘-Diskussion und der Einführung der Kapitalverkehrskontrollen nach Hellas, was die Ankünfte aus dem Ausland auf **23,6 Mio.** (+7,1%) klettern liess. Günstige Reisearrangements, vereinfachte Visaverfahren und die politisch angespannte Lage in der Nachbarschaft verhalfen der Reisedestination Griechenland zu zusätzlicher Attraktivität. Im Travel & Tourism Competitiveness Report 2015 verbesserte Griechenland seine Position gegenüber 2014 um einen Platz und belegte den 31. Rang unter 141 Ländern. Für 2016 peilt die Tourismusbranche das Ziel von 27,5 Mio. Ankünfte ausländischer Gäste und Einnahmen von 15 Mrd. Euro. an.

<sup>8</sup> Die Reduktion der Zinsen ist auf den Schuldenschnitt (PSI) im Jahr 2012 zurückzuführen.

<sup>9</sup> Memorandum of Understanding of Specific Economic Policy Conditionality vom 3.5.2010, Memorandum of Economic and Financial Policies vom 9.2.2012 und Memorandum of Understanding for a three-year ESM programme vom 11.8.2015.

<sup>10</sup> Bis zu 60% der im Tourismus tätigen Arbeitnehmer sind jedoch nicht versichert.

<sup>11</sup> Quelle: Bank of Greece

## 1.4.2 Handelsschifffahrt

Die **Handelsschifffahrt** gehört mit einem Weltmarktanteil von knapp 16% weltweit **zu den grössten**. Die griechische Flotte macht gemessen an der Tonnage 40% der EU-Flotte und 24% der globalen Tanker-, sowie 16% der Trockenfrachtflotte aus. Die ca. 2'000 in Griechenland registrierten Schifffahrtsgesellschaften beschäftigen insgesamt ca. 50'000 Personen, während über 200'000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit der Schifffahrt in Verbindung stehen.<sup>12</sup> Die seit den 1960er Jahren verfassungsrechtlich verankerten **Steuerprivilegien** der griechischen Reedereien sorgen im In- und Ausland immer wieder für Kritik, auch wenn viele andere Länder ebenfalls steuerliche Anreize für die Betreiber des Wirtschaftssektors kennen. Die Reeder einigten sich mit der griechischen Regierung darüber, die Frachtsteuer (tonnage tax) auf Schiffen mit griechischer Flagge bis 2016 freiwillig zu verdoppeln, um damit ihren finanziellen Beitrag zur Ankurbelung der griechischen Wirtschaft zu leisten. Der Betrag ist mit 140 Mio. Euro p.a. allerdings bescheiden. Die Schiffe unter ausländischer Flagge, die bis anhin von dieser Steuer befreit waren, werden seit 2013 ebenfalls zur Kasse gebeten.

## 1.4.3 Energie

Die Frage der Energieversorgung und der Ausgestaltung der griechischen und europäischen Energiepolitik hat in den letzten Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Durch die Ausschöpfung vorhandener Potentiale sowie der günstigen geographischen Lage hegt Griechenland seit langem den Wunsch, sich zu einem **regionalen Energiehub** zu etablieren und im Energiebereich Wachstumsimpulse freizusetzen und Arbeitsplätze zu generieren. Entwicklungen wie die vermuteten und teilweise erwiesenen Gas- und Erdölfunde in griechischen Gewässern<sup>13</sup> haben diesen Überlegungen jüngst neuen Auftrieb gegeben. Durch die Ausweitung der bereits existierenden LNG-Terminals (Flüssigerdgas) möchte Griechenland zudem seine Rolle bei der Gasverarbeitung weiter stärken.

Für den Transport von Erdgas aus dem kaspischen Meer nach Europa ist die **Trans Adriatic Pipeline (TAP)** zu nennen, die auch für die Schweiz von Bedeutung ist (siehe auch Kapitel 2). Mit TAP erhofft sich die Regierung neue Möglichkeiten als Gastransitland mit dem Bau von Anschlussprojekten in den Balkan. Im April 2015 einigten sich die Energieminister von Griechenland und Bulgarien darauf, die Konstruktion der griechisch-bulgarischen Pipeline **IGB Gas Interconnector** zu beschleunigen und per 2018 in Betrieb zu nehmen. Die IGB ist ein wesentlicher Bestandteil des **Vertical Gas Corridor (VGC)** und würde Griechenland mit Rumänien verbinden. Alle diese Pipelineprojekte werden von der EU aufgrund ihrer strategischen Bedeutung zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Gasimporten unterstützt. Im Frühling 2014 wurden zudem Pläne zur Bildung der neuen Erdgasachse **Aegean-Baltic Corridor (ABC)** publik gemacht, welche ausgehend vom IGB den europäischen Kontinent bis zum Baltikum durchqueren und die nationalen Erdgastransportnetze Griechenlands, Bulgariens, Rumäniens, Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns miteinander verbinden könnte.

Bis Ende 2015 war die griechische Regierung mit der Führung in Moskau in engen Gesprächen bezüglich Verlängerung der Gaspipeline **Turkish Stream** (Ersatzprojekt für South Stream<sup>14</sup>) mit dem Ziel, ein Verteilzentrum an der griechisch-türkischen Grenze zu errichten und ab 2020 russisches Erdgas via Griechenland in andere europäische Länder zu transportieren. Das Projekt wurde jedoch nach der russisch-türkischen Konfrontation nach dem Abschuss eines Kampffjets durch die türkische Luftwaffe im Dezember 2015 von Russland vorerst auf Eis gelegt. In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sei noch vermerkt, dass Griechenland trotz Entgegenkommen von Gazprom<sup>15</sup> im EU-Vergleich immer noch recht hohe Preise für russisches Gas zu bezahlen hat.

## 1.4.4 Banken/Finanzmarktpolitik

---

<sup>12</sup> Quelle: Union of Greek Shipowners

<sup>13</sup> Schätzungen zufolge könnte Griechenland langfristig bis einen Drittel des Erdöl- und Naturgasbedarfs selbst decken und in einem Zeitraum von ca. 30 Jahren Einnahmen von bis zu 20 Mrd. Euro schaffen.

<sup>14</sup> 2008 unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen über die Beteiligung Griechenlands am Bau der Erdgas-Pipeline „South Stream“ für die Lieferung von russischem Erdgas über Bulgarien, Griechenland und Italien resp. über Bulgarien und Serbien (Verzweigung) nach Europa. Im Dezember 2014 gab jedoch Russland die South-Stream-Pläne auf.

<sup>15</sup> Griechenland bezahlt aufgrund einer auf den 1.7.2013 rückwirkenden Vereinbarung einen Gaspreis von 393 US\$/1'000 Kubikmeter.

Den Ausbruch der internationalen Finanzkrise im Jahre 2008 verkraftete das griechische Banksystem aufgrund genügender eigener Reserven zunächst relativ gut. Auch die negativen Auswirkungen der Zypernkrise im Jahre 2008 konnten ohne grössere Schwierigkeiten abgedeckt werden. In den vergangenen Krisenjahren kam es im Bankensektor zu einer **starken Konsolidierung** und Banken, welche die Kernkapital-Vorschriften nicht erfüllten, wurden vom Markt genommen bzw. von den vier **systemrelevanten Banken Piräus Bank, Alpha Bank, Eurobank und National Bank** übernommen<sup>16</sup>. Via Rekapitalisierungsprogramm gelang es den systemischen Banken 10% der Kapitalerhöhung aus eigenen Kräften aufzutreiben. Nur Eurobank scheiterte und wurde infolge dessen unter Aufsicht des griechischen Stabilitätsfonds gestellt. Im Frühjahr 2014 gelang es Alpha Bank (1,2 Mrd. Euro), Piräus Bank (1,75 Mrd. Euro), National Bank (2,5 Mrd. Euro) und Eurobank (2,86 Mrd. Euro) das Eigenkapital zu erhöhen. Aufgrund des **schwierigen Geschäftsumfeldes** (Abfluss von Kundengeldern seit November 2014; Beanspruchung von Nothilfen durch Liquiditätsspritzen der EZB und ELA-Notfinanzierung durch die griechische Zentralbank; Zunahme der NPLs) verzeichneten die vier systemrelevanten Banken im 1. Quartal 2015 allesamt **Verluste**. Einzig das Auslandsgeschäft ist für Geldinstitute wie die Eurobank noch ein schwacher Lichtblick.

Beim europaweit durchgeführten **Stresstest für Finanzinstitute** attestierte die EZB im Herbst 2014 den vier systemischen Banken Griechenlands Krisenfestigkeit. Die Evaluation erfolgte nach dem dynamischen Modell unter Berücksichtigung der Ereignisse in 2014 (Kapitalerhöhungen, Restrukturierungspläne, etc.), weil die Referenzperiode (2013) für die griechischen Institute von ausserordentlichen Ereignissen geprägt war (Rekapitalisierung über Bankenrettungsfonds, Fusionswelle, Übernahme der zyprischen Banken in Griechenland und Schliessung von Filialen) und die Evaluation der Bilanzen jenes Jahres kein korrektes Bild ergeben hätte. Wären die griechischen Banken analog zu den übrigen 126 europäischen Finanzinstituten nach dem statischen Modell untersucht worden, hätte allein die Alpha Bank den Test bestanden.

Ende 2015 wurde ein weiteres Rekapitalisierungsverfahren rechtzeitig abgeschlossen. Während Alpha Bank und Eurobank ihren Rekapitalisierungsbedarf vollständig aus privaten Mitteln decken konnten, benötigten die Ethniki und die Piräus Bank Mittel vom Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) in der Höhe von **5,4 Mrd. Euro** – Mittel, die der HFSF vom Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM erhielt. Die gesamten Kosten der Rekapitalisierung lagen damit deutlich unter dem im Rahmen des dritten Hilfsprogramms ursprünglich angenommen Betrag von 25 Mrd. Euro, was der staatlichen Verschuldung zugutekommen wird.

Ein grosses Problem für die Banken stellen die **NPLs** (Non Performing Loans) dar, die aufgrund der Kapitalverkehrskontrollen im Jahr 2015 kaum bedient wurden. Zur Bewältigung der **NPLs** und deren Tilgung aus den Büchern der Bankinstitute einigte sich die Regierung mit den Geldgebern im Rahmen der ersten Überprüfung darauf, die NPLs von insgesamt 16 griechischen „bad banks“ im Wert von 9 Mrd. Euro privaten Firmen zu überlassen. Davon ausgenommen sind bis Anfang 2018 Residenzen bis 140'000 Euro, die als Erstwohnsitz genutzt und bis 2018 vor einer Veräusserung an Fonds geschützt werden.<sup>17</sup> Ende 2015 machten die NPLs 35% aller Kredite oder knapp 100 Mrd. Euro aus.

Das andere existenzbedrohende Problem des Finanzsektors stellt der **massive Abzug der Bankeinlagen**, der seit November 2014 über 50 Mrd. Euro betrug und die Gesamtsumme der Einlagen auf griechischen Banken noch bei ca. 122 Mrd. Euro belies. Die griechischen Geldhäuser konnten nachdem ihnen die Europäische Zentralbank (EZB) den Zugang zu EZB-Krediten verweigerte (Jan. 2015 bis Juni 2016) nur noch dank **ELA-Notkrediten**<sup>18</sup> operieren. Im Juni 2016 entschied sich schliesslich die EZB, den griechischen Banken wieder Zugang zu normalen Krediten zu gewähren und die Ausnahmeregelung, der sogenannte „Waiver“, wieder in Kraft zu setzen.<sup>19</sup> Damit haben die griechischen Banken wieder die Möglichkeit, sich günstiger über die EZB zu finanzieren.

## 2 Internationale und regionale Wirtschaftsabkommen

<sup>16</sup> Die systemischen Banken haben insgesamt 11 Banken übernommen und kontrollieren nun 91% der gesamten Kredite. Dies entspricht der höchsten Konzentration unter den europäischen Grossbanken.

<sup>17</sup> Dies entspricht ca. 94% aller Erstwohnsitze in Griechenland.

<sup>18</sup> Der Gesamtbestand der Griechenland gewährten Emergency Liquidity Assistance betrug im Juli 2016 54,4 Mrd. Euro. Der bisherige Höchststand von 100 Mrd. Euro wurde 2012 erreicht.

<sup>19</sup> Die Ausnahmeregelung „Waiver“ gestattet der EZB, griechische Staatsanleihen zu akzeptieren, obwohl diese nicht über das notwendige Mindestrating von BBB- verfügen.

## 2.1 Politik, Prioritäten des Landes

Griechenland ist Mitglied von **EU, NATO, OECD, OSZE, UNO** und **WTO**. Die **EU** ist Griechenlands **prioritärer politischer und wirtschaftlicher Handlungsrahmen**. Erweiterungs- und Aussenhandelspolitik, einschliesslich des Abschlusses von FTA, sind EU-Kompetenz. Als kleinem EU-Mitglied bleibt Griechenland nur ein begrenzter aussenwirtschaftspolitischer Spielraum. Der überwiegende Anteil der griechischen Aussenwirtschaft ist damit EU-Binnenwirtschaft und wird durch EU-Recht, nicht durch internationale Verträge geregelt.

Griechenland verfolgt eng die Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA über die **Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)**. Griechenland lehnt dabei sowohl das Rahmenwerk zum Schutz der Investitionen als auch das Konzept für die geschützte Herkunftsbezeichnung von Produkten entschieden ab. Vorbehalte zeigt Griechenland auch bezüglich Verfahrens- und Transparenzfragen und erachtet das Schlichtungsverfahren bei Differenzen zwischen Staaten und ausländischen Investoren als problematisch.

Neben den **Vereinbarungen mit der Troika zur Überwindung der Finanz- und Schuldenkrise** (siehe Kap. 1.3.) können folgende Bereiche (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) genannt werden:

- **Erdgas-Pipeline Projekt TAP:** Am 2.12.2013 verabschiedete das griechische Parlament das im Juni unterzeichnete Host Government Agreement (HGA) mit Trans Adriatic Pipeline. Das Abkommen legte den Rahmen für die Realisierung des Projektes fest, welches ab 2020 Erdgas von Aserbaidschan nach Europa auf einer Strecke von 550 km über griechisches Territorium führen soll. TAP gehört zu den grössten ausländischen Direktinvestitionen in Griechenland und das Projekt im Umfang von 1,5 Mrd. Euro soll während der Konstruktionsphase 2'000 direkte und 10'000 indirekte Arbeitsplätze schaffen. An TAP ist nebst BP (20%), SOCAR (20%), Statoil (20%), Fluxys (19%) und Enagas (16%) auch die **schweizerische Axpo** mit Sitz in Baar (Kanton Zug) mit 5% beteiligt. Der Beginn der Bauarbeiten zur 878 km langen Pipeline wurde in Anwesenheit des griechischen Premierministers und zahlreichen hohen ausländischen Amtsträgern, worunter auch Bundesamtsdirektor Walter Steinman, am 17. Mai 2016 in Thessaloniki gefeiert.
- **China:** Im Juni 2014 unterzeichneten Griechenland und China Kooperationsabkommen im Schifffahrtbereich (Finanzierung griechischer KMU mit Sitz in China seitens der chinesischen Entwicklungsbank, MoU für die maritime Zusammenarbeit der State Oceanic Administration (SOA) und der griechischen Regierung, etc.). Bereits im Mai 2013 unterzeichneten beide Länder zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen, u.a. mit der Chinesischen Entwicklungsbank zur Förderung des griechischen Privatisierungsprogramms. Die Chinesen beabsichtigen ferner eine Zusammenarbeit mit der Investitionsförderungsagentur „Enterprise Greece“ in den Bereichen Tourismus, Immobilien, Telekommunikation, Transport, Energie und Investitionsfinanzierung. Ein weiteres Kooperationsprotokoll besteht mit der Firma Huawei zur Bildung eines Logistik- sowie Forschungs- und Innovationszentrums in Griechenland. Das chinesische Unternehmen **COSCO**, das den Handelshafen von Piräus erfolgreich betreibt, strebt zudem einen Ausbau seiner Aktivitäten und eine Vergrösserung der bestehenden Terminals an.
- **Türkei:** Im März 2013 unterzeichneten beide Staaten im Rahmen des griechisch-türkischen Kooperationsrats **25 Kooperationsprotokolle** zu den Bereichen Tourismus, Justiz, Kultur, Gesundheit, Migration, Schifffahrt, Landwirtschaft, Sport inkl. die Unterstützung der türkischen Kandidatur für die Austragung der Olympischen Spiele. Bereits Mitte Mai 2010 hatten die Premierminister beider Staaten in einer als historisch bezeichneten Begegnung in Athen 22 Abkommen und Memoranden in den Bereichen Politik, Militär, Wirtschaft, Energie, Kultur und Tourismus unterzeichnet.
- **Russland:** Im April 2015 einigten sich Athen und Moskau, die Erdgaspipeline **Turkish Stream** zu verlängern und neu auch durch griechisches Territorium zu verlegen. Nach den politischen Konfrontation zwischen Russland und der Türkei erklärte jedoch Russland die Gespräche über die Pipeline, die 2020 hätte in Betrieb genommen werden und russisches Gas via Griechenland nach Europa transportieren sollen, vorerst für beendet. Die Pipeline hätte Griechenland jährliche Transitgebühren in Höhe von 100-150 Mio. Euro einbringen können. Ebenfalls von geopolitischer Bedeutung ist das russische Interesse an der staatlichen Erdgasgesellschaft DEPA, an griechischen Energiequellen sowie am Transportnetz (staatliche Eisenbahn Trainose, Handelshafen von Thessaloniki). Grosses Interesse besteht auch im Tourismus- und Immobiliensektor.

- **Black Sea Economic Cooperation (BSEC)**<sup>20</sup>: Griechenland ist Gründungsmitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Schwarzen Meer. Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder<sup>21</sup> liegt bei der Black Sea Trade and Development Bank (BSTDB) in Thessaloniki.

#### Abkommen mit der Schweiz:

- Grundpfeiler der Beziehungen zwischen der Schweiz und Griechenland bilden das mit der EU abgeschlossene **Freihandelsabkommen** von 1972 sowie die Abkommen im Rahmen der **Bilateralen Verträge I und II**.
- **Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)**: Im November 2010 wurde das revidierte DBA unterzeichnet, das Bestimmungen über den Informationsaustausch gemäss dem OECD-Standard enthält. Am 9.1.2013 verabschiedete das griechische Parlament den Zusatz zum Änderungsprotokoll vom 4.11.2010 zum DBA zwischen der Schweiz und Griechenland. Die Bestimmungen des Änderungsprotokolls kamen rückwirkend ab dem 1.1.2012 zur Anwendung. Nebst der OECD-Amtshilfeklausel haben die beiden Länder unter anderem vereinbart, dass Dividendenzahlungen an Vorsorgeeinrichtungen oder an Gemeinwesen künftig von der Quellensteuer befreit werden.
- **Energie**: Die Absichtserklärung (MoU) von März 2012 sieht eine engere Zusammenarbeit zwischen den Energieministerien beider Länder vor. Im Vordergrund stehen dabei Energieproduktion, Energieeffizienz, Versorgungssicherheit sowie TAP.
- **Kulturgüterzusammenarbeit**: Am 15. Mai 2007 unterschrieben die Schweiz und Griechenland die Vereinbarung über die Einfuhr, die Durchfuhr und die Rückführung von Kulturgut, die seit 13.4.2011 in Kraft ist.
- **Wiederaufnahme der Steuergespräche**: Am 26.3.2015 nahmen Griechenland und die Schweiz auf Ministerebene die vorübergehend unterbrochenen Gespräche über offene Steuerfragen wieder auf und setzten sie mit einem zweiten Treffen am 28.4. in Athen fort. Mit der Bereitschaft der Schweiz, den Automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen (AIA) als globalen Standard ab 2017/2018 zu übernehmen, hat sich der Charakter der Gespräche gegenüber vor ein paar Jahren grundlegend geändert. Trotz mehrmaligen Ankündigungen lassen ein freiwilliges Offenlegungsprogramm und die Regularisierung unverteuerter Gelder von griechischen Kunden in der Schweiz auf sich warten.
- Mit diesem Schritt signalisiert die neue Regierung ihre Bereitschaft, die Bekämpfung von Steuerdelikten vorantreiben zu wollen und die bilaterale Zusammenarbeit mit Bern bezüglich Regularisierung unverteuerter Gelder von griechischen Kunden in der Schweiz zu intensivieren.

### **Aussichten für die Schweiz (Diskriminierungspotential)**

Gestützt auf die geltenden Abkommen zwischen der Schweiz und Griechenland sind dieser Botschaft in den letzten Jahren keine Fälle bekannt, wo Schweizer Investoren oder Exporteure offen diskriminiert werden.

## **3 Aussenhandel**

### **3.1 Entwicklungen und allgemeine Aussichten**

#### **3.1.1 Warenhandel**

Der griechische Aussenhandel ist trotz der seit 2009 stark zurückgegangenen Importe nach wie vor von einem **strukturellen Handelsbilanzdefizit** gekennzeichnet. Nach einer leichten Zunahme der Einfuhren im Jahr 2014 (+1,4%), welche den Abwärtstrend der letzten fünf Jahre vorübergehend unterbrach, verzeichneten die **Warenimporte** Griechenlands 2015 erneut einen markanten Rückgang um knapp 10 % und fielen auf **42'6 Mio. Euro**. Die griechischen Importe stammen aus Deutschland

<sup>20</sup> <http://www.bsec-organization.org/Pages/homepage.aspx>

<sup>21</sup> Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, Türkei, Ukraine.



(10,6%), Russland (8%), Italien (7,8%) Irak (7,1%), China (6%) und den Niederlanden (5,4%). Knapp 60% aller Einfuhren sind industriell gefertigte Produkte, wovon 20% Maschinen/Transportmittel, 16% chemische Produkte, ca. 30% Brennstoffe und 13,6% landwirtschaftliche Produkte wie Lebensmittel und lebendes Vieh. Im ersten Quartal 2016 fielen die Importe um weitere 9%, was das Handelsbilanzdefizit um 366 Mio. Euro (-8%) schrumpfen liess.

Die gesamten **Warenexporte von Griechenland** verzeichneten 2015 einen Rückgang von 5,3% auf **25,5 Mrd. Euro**, nachdem sie im Vorjahr mit -1,5% nur leicht zurückgefallen waren. Auch im ersten Quartal 2016 entwickelten sich die Exporte mit 9,3% rückläufig. Nebst strukturellen Problemen wie hohe Produktions- und Energiekosten wirkten sich im Exportsektor Liquiditätsschwierigkeiten sowie das russische Embargo für Landwirtschaftsprodukte negativ aus. Die wichtigsten Abnehmerländer sind Italien (11,3%), Deutschland (7,2%), Türkei (6,7%), Zypern (5,6%), Bulgarien (5%) gefolgt von den USA (4,9%) und Grossbritannien (4,2%). 43% der griechischen Exporte entfielen auf industriell gefertigte Produkte, ein Drittel auf Brennstoffe und gut ein Fünftel auf landwirtschaftliche Produkte. Das **Handelsbilanzdefizit** fiel 2015 um 16% auf ca. **17 Mrd. Euro** (2008: 44 Mrd. Euro), was einer Reduktion um 3,2 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Obwohl die griechischen Exporte seit Ausbruch der Wirtschaftskrise um über 75% zugekommen haben, bleibt das Import-Export-Verhältnis ungünstig. Griechenland hat immer noch **eine der tiefsten Exportquoten in der EU**. Viele griechische Firmen sind nicht in der Lage, ihre Produkte an die Gegebenheiten der internationalen Märkte anzupassen, sind oft zu wenig wettbewerbsfähig oder bekannt, oder zu klein, um ihre Produkte im Ausland zu vermarkten. Das **Fehlen einer nationalen Exportstrategie** wirkt sich hemmend aus, ebenso **bürokratische Hindernisse** sowie das Erfordernis grosser Exportversicherungssummen. Erschwerend kommt heute wieder der akute Mangel an Liquidität dazu.

### **3.1.2 Dienstleistungshandel**

Dank hoher Einnahmen aus dem Transport und dem Tourismus fällt die **Dienstleistungsbilanz traditionell positiv** aus. Transport- und Tourismuseinnahmen steuerten am meisten zum **Überschuss** bei, der um 1,3 Mrd. Euro auf **17 Mrd. Euro** schrumpfte. Zur Verbesserung der Haushaltslage trugen auch die in Folge des Schuldenschnitts (PSI) in 2012 verminderten **Zinszahlungen** bei, die 2008 noch bei 16 Mrd. Euro lagen. 2015 zahlte Griechenland noch 5,8 Mrd. Euro Zinsen.<sup>22</sup>

## **3.2 Bilateraler Handel**

### **3.2.1 Warenhandel**

Im Warenhandel weist die Schweiz mit Griechenland traditionell einen **Handelsbilanzüberschuss** auf. Dieser betrug im Jahr 2015 gemäss schweizerischer Zollstatistik **646 Mio. CHF** und fiel damit gegenüber dem Vorjahr um 96 Mio. CHF (-13%) geringer aus.

Die schweizerischen **Exporte** verzeichneten 2015 zum siebten aufeinanderfolgenden Jahr einen Rückgang. Bei einem **Minus von 11,7%** gegenüber dem Vorjahr beliefen sich 2015 die Ausfuhren auf **794 Mio. CHF**. Zu den Hauptexporterzeugnissen der Schweiz zählen unverändert pharmazeutische Erzeugnisse (61%), Uhrenmacherware (11%), chemische Produkte (8%) und Maschinen (6%). Gemäss griechischen Statistiken belegt die Schweiz mit einem Anteil von 1% den **22. Platz** bei den **griechischen Importen**.

2015 fielen die **Importe** aus Griechenland um 5,8% auf **149 Mio. CHF** zurück. Knapp ein Drittel davon waren landwirtschaftliche Produkte, 17% unedle Metalle, 16% Textilien und Bekleidung und 8,5% pharmazeutische Erzeugnisse. Einen starken Rückgang weisen in den letzten Jahren die chemischen Erzeugnisse auf, deren Anteil von 27% (2010) auf 1,6% zurückfiel. Die **griechischen Exporte** in die Schweiz belegen mit 0,5% unverändert die **41. Position**.

In den ersten vier Monaten des Jahres 2016 betrugen die kumulierten Schweizer Exporte nach Griechenland 288 Mio. CHF (-0,5%) und die kumulierten Importe 55 Mio. CHF (13,7%).

### **3.2.2 Dienstleistungshandel**

<sup>22</sup> Quellen: Griechische Zentralbank, Haushaltsbüro des griechischen Parlaments.

Was den **Handel im Dienstleistungsbereich** betrifft, verbrachten 2015 über **390'000 Schweizer Touristen** (+3,8% gegenüber Vorjahr) ihren Urlaub in Griechenland und leisteten damit einen nennenswerten Beitrag an den griechischen Dienstleistungsexport. 2015 besuchten knapp **34'000 griechische Touristen** die Schweiz. Dies entspricht einem Rückgang von 2,7% gegenüber dem Vorjahr und 34% gegenüber dem Rekordjahr 2009<sup>23</sup>. Für viele Griechen ist die hochpreisige Schweiz derzeit kaum mehr erschwinglich.

Nachdem im Rekordjahr 2009 über 51'000 Griechen die Schweiz besuchten, reisten 2015 nur noch knapp 34'000 Hellenen in die Schweiz (-34%). Schweizer Ferien sind mit einem ausgesprochen hohen Imagewert verbunden und dauern durchschnittlich 2,4 Tage.<sup>24</sup>

## 4 Direktinvestitionen

### 4.1 Entwicklung und allgemeine Aussichten

#### Allgemein:

Der **FDI-Gesamtbestand** fiel Ende 2014 um 183 Mio. (-1%) auf **18,5 Mrd. Euro**. Knapp 75% der Gesamtinvestitionen stammen aus Europa, wobei drei Viertel aus Luxemburg, Deutschland und den Niederlanden, gut 8% aus Frankreich, 7,6% aus den USA und 6,3% aus der Schweiz. Seit 2001 flossen über 80% der Kapitalimporte in den Dienstleistungsbereich und die grössten Investitionen (jeweils über 1 Mrd. Euro) tätigten Crédit Agricole und die Deutsche Telekom für den Erwerb und die anschliessende Kapitalerhöhung der griechischen Emporiki Bank und der griechischen Telefongesellschaft OTE.

Die strukturellen Reformen in Griechenland, die von internationalen Gläubigern unterstützt werden, haben erst in Ansätzen zu einem freundlicheren Investitionsklima geführt. Die Gründe für die noch ungenügende Attraktivität liegen in folgenden Bereichen: Rezession und raues Wirtschaftsklima, fehlende Planungssicherheit aufgrund häufig ändernder Steuerregimes und unbeständiger gesetzlicher Bestimmungen, schleppende Rechtsprechung, bürokratische Hürden, Korruption und Intransparenz sowie stark fragmentierte Märkte.

Griechenland ist in den letzten Jahren aktiv darum bemüht, Investoren insbesondere aus China zu gewinnen. Die Chinareise des früheren Premierministers Samaras im Frühling 2013 und das Investitionsgesetz desselben Jahres, das unter anderem Fast Track Prozeduren und **erleichterte Visa-Bestimmungen für Investoren aus Drittstaaten** vorsieht, zeugen davon. Ein **neues Entwicklungs- und Investitionsgesetz** soll im Sommer verabschiedet werden, das einerseits neue Investitionsanreize für kleine und mittlere Unternehmen schaffen und andererseits grossen Investoren durch die Gewährung eines stabilen Steuerregimes mehr Planungssicherheit bringen soll.

#### Direktinvestitionen von griechischen Firmen im Ausland

Die griechischen FDI fielen 2014 zum dritten Jahr in Folge und im Vergleich zum Vorjahr um 4,6% auf ca. **25 Mrd. Euro** zurück. Sie gingen vornehmlich in die **Türkei** (21%), nach **Zypern** (20%), nach **Rumänien** (12%), in die **Niederlande** (9%) und in die **USA** (7%) und zwar in die Bereiche **Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Handel, Information und Kommunikation**. Aufgrund der günstigen geographischen Lage und der tiefen Produktionskosten stellen die **Balkanländer** seit Mitte der 90er Jahre einen attraktiven Produktionsstandort und Absatzmarkt dar. Auch für die griechischen Banken war die Region bis 2008 ein lukrativer Investitionsstandort.<sup>25</sup> Seit Ausbruch der Krise befinden sich jedoch viele Grossunternehmen auf dem Rückzug. Neuer Beliebtheit erfreut sich die Balkanregion bei den KMUs (z.B. Transportfirmen), die wegen den hohen Steuern und des unbeständigen Steuerregimes in Griechenland ihre Geschäftsaktivitäten teilweise ins nahe Ausland verlagern.

#### Privatisierungen:

Die Privatisierung von Staatsbetrieben gehörte unter der konservativen Vorgängerregierung Samaras' zum Reformprogramm, zu welchem sich Griechenland gegenüber seinen internationalen Geldgebern verpflichtet hat. Aufgrund fehlender Verkäufe mussten die Einnahmeerwartungen jedoch sukzessive

<sup>23</sup> Quelle: Bundesamt für Statistik.

<sup>24</sup> Quelle: Bundesamt für Statistik

<sup>25</sup> 2013 hatten die griechischen Banken einen Marktanteil von 32%.

nach unten revidiert werden.<sup>26</sup> Von 2011 bis Juni 2014 beliefen sich die kumulierten Privatisierungseinkünfte auf **4,9 Mrd. Euro** und bis 2018 sollten weitere **6,2 Mrd. Euro** dazukommen. Die neue Regierung hat aus ideologischen Gründen gegenüber Privatisierungen ein ambivalentes Verhältnis, wobei ursprünglich die Idee bestand, die Privatisierungsbehörde TAIPED vollständig aufzulösen. Derzeit vertritt die Regierung die Haltung, alle Privatisierungsprojekte, die sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befinden, wie geplant abzuwickeln (Gelände des ehemaligen Athener Flughafens Hellenikon, Verkauf von 14 Regionalflughäfen an das deutsche Unternehmen Fraport, Eisenbahnbetriebsgesellschaft TRAINOSE<sup>27</sup>, ODIE (Mutual Horsebetting License), Asteras Vouliagmenis, Afantou Rhodos). Zu den offenen Privatisierungsprojekten gehören: Internationaler Flughafen von Athen (AIA), Hafenbehörde von Piräus OLP und Thessaloniki OLTH, Eisenbahnwartungsgesellschaft ROSCO, Egnatia Odos (Autobahnstrecke Igoumenitsa-Kipi), Konzessionsrechte für submarines Erdgaslager in Kavala, Konzessionsrechte für Marinas.

Verzögerungen verzeichnete auch der Privatisierungsprozess um den Gasnetzbetreiber DESFA, nachdem die EU-Kommission im November 2014 eine eingehende Untersuchung eingeleitet hatte, um festzustellen, ob die geplante Übernahme durch die aserische SOCAR mit der EU-Fusionskontrollverordnung im Einklang steht. SOCAR und DESFA hatten im Dezember 2013 das Übernahmeabkommen unterschrieben.

#### Infrastruktur- Energieprojekte:

Die Arbeiten zur Fertigstellung vier grosser **Autobahnprojekte** auf dem Festland und dem Peloponnes stehen zurzeit aufgrund des **internen Zahlungsstopps** der Regierung still. Nach dem positiven Ausgang der Verhandlungen mit den Gläubigern hat die Regierung die Wiederaufnahme der Arbeiten in Aussicht gestellt. Zur Realisierung dieser Infrastrukturprojekte hatte die Europäische Investitionsbank einen Kredit in Höhe von 650 Mio. Euro gutgeheissen.

Investitionsanreize erfolgten in den vergangenen Jahren auch im Bereich der erneuerbaren Energieressourcen, insbesondere im Zusammenhang mit innovativen **Photovoltaik**-Systemen, wovon zahlreiche Unternehmen profitierten.<sup>28</sup> Ein ernstes Problem für Produzenten von Solarenergie stellt die 2012 eingeführte und rückwirkende „Solidaritätssteuer“ auf den Bruttoertrag in Höhe von bis zu 30% dar. Darunter leiden auch viele Landwirte, welche auf ihren Böden von Landwirtschaft auf Energieproduktion umgestellt haben.

Die Regierung fördert die Exploration und Auswertung der **Kohlenwasserstoff-Vorkommen**, in West- und Südgriechenland. Bis Ende 2016 sollen drei Konsortien griechischer, britischer, italienischer, kanadischer und osteuropäischer Firmen Probebohrungen vornehmen.<sup>29</sup> Das griechische Energieministerium rechnet für die nächsten 30 Jahre mit Einnahmen für den Staat aus Öl- und Gasvorkommen in Höhe von bis zu 20 Mrd. Euro.

## **4.2 Bilaterale Investitionen**

Der **Kapitalbestand der schweizerischen Direktinvestitionen** in Griechenland fiel Ende 2014 um knapp 60% auf 2,1 Mrd. Euro zurück. Mit 5,1 Mrd. Euro Investitionen war 2013 ein Rekordjahr.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> Statt der ursprünglich anvisierten Summe von 50 Mrd. Euro bis 2020 wurden 2014 die erwarteten Privatisierungseinkünfte auf 22,3 Mrd. Euro nach unten revidiert worden.

<sup>27</sup> Die italienische FS-Tochter Trenitalia reichte Anfang Juli 2016 als einzige Interessentin eine verbindliche Offerte in Höhe von 45 Mio. Euro für den 100%igen Erwerb von TRAINOSE ein. Am 14.7. hiess schliesslich die TAIPED die Übernahme gut. Die parallel dazu laufende Privatisierung von ROSCO, der Wartungsgesellschaft der griechischen Bahnen, scheiterte jedoch, da kein einziger Kandidat ein Angebot für dieses Unternehmen einreichte. Ein neues Ausschreibungsverfahren soll noch bis Ende Jahr eröffnet werden.

<sup>28</sup> Zu den Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien vertreten sind, zählen die spanische Endesa, die in Zusammenarbeit mit der griechischen Mytilineos Group tätig ist, Iberdrola, in Zusammenarbeit mit der griechischen Rokas, Acciona und Gamesa. Weiter sind die französische EDF und Veolia, die italienische Enel und die deutsche WPD und WRE, Babcon und Brown aus Australien, die griechische PPC und Next Solar aus den USA. Ihre Präsenz in Griechenland hat seit 2006 auch die schweizerische RenInvest. Quelle: Invest in Greece Agency.

<sup>29</sup> Bei den Unternehmen handelt es sich um Energean Oil, Trajan Oil & Gas und ELPE-Edison-Petroceltic.

<sup>30</sup> Gemäss der Schweizerischen Nationalbank war diese Entwicklung auf Investitionen von Finanz- und Holdinggesellschaften zurückzuführen.

Gemäss griechischer Zentralbank war die Schweiz Ende 2014 mit einem Anteil von 6,3% an den gesamten Fremdinvestitionen in Griechenland der **6. grösste ausländische Investor** (2014: Nr. 7). In Griechenland sind ca. **60 Schweizer Unternehmen** wie z.B. die Adecco, ABB, Alpiq, Clariant, Franke, Landis+Gyr, Nestlé, Novartis, Roche, Schindler, SGS, Swatch, Syngenta und Trans Adriatic Pipeline niedergelassen. Seitens der Schweizer Banken ist nach dem Rückzug der UBS nur noch die CS in Athen vertreten. 2014 beschäftigten die Schweizer Unternehmen insgesamt **6'100** Personen (-6%).

Schweizer Firmen in Griechenland müssen wie andere in- und ausländische Wettbewerber mit hohen bürokratischen Hürden, einem korruptionsanfälligen Umfeld und mitunter grossen Zahlungsverzögerungen rechnen. Der persönliche Kontakt bleibt im griechischen Geschäftsverkehr weiterhin sehr wichtig. 2013 organisierte die Botschaft für den zuständigen Bereichsleiter von **Switzerland Global Enterprise SGE** (vormals OSEC) eine Reihe von Gesprächen mit lokalen und ausländischen Wirtschaftsvertretern zu Fragen bezüglich Investitionsklima und wirtschaftlichen Perspektiven. Von besonderem Interesse waren die Treffen mit der Investitionsförderungsagentur „*Invest in Greece Agency*“ und dem Exportförderungsverband „*Panhellenic Exporters Association*“ (PSE). Beide Organisationen zeigten ein grosses Interesse, mit SGE zu kooperieren, wobei auch der Wunsch geäussert wurde, eine Delegation in die Schweiz zu entsenden.

Zu den einzelnen Investitionen: Der in der Schweiz domizilierte Tabakkonzern **Philip Morris** und das griechische Tochterunternehmen Papastratos richteten in Agrinio (Zentralgriechenland) einen *logistics hub* für den europäischen Markt ein und investierten 2012 3 Mio. Euro in eine neue Produktionslinie. Bereits 2009 wurde eine neue Produktionsstätte in Betrieb genommen, mit einem Investitionsvolumen von 100 Mio. Euro. 2015 sollen weitere Investitionen in Höhe von 25 Mio. Euro realisiert werden, um den griechischen Produktionsstandort mit sieben zusätzlichen Produktionslinien und einer hypermodernen Tabakverarbeitungsanlage weiter aufzuwerten und eine Verteilzentrale einzurichten.<sup>31</sup> Von Griechenland aus sollen über 30 Länder, worunter Frankreich, Italien, die Schweiz, Hong Kong und Singapur, beliefert werden.

**Syngenta** nahm im Frühling 2013 in der Nähe von Athen eine Verpackungsanlage für flüssigen Pflanzenschutzstoff in Betrieb. Die für afrikanische Kleinbauern bestimmte Substanz und das Material werden aus der Schweiz geliefert. Die Investition beträgt über 4 Mio. Euro.

2013 übernahm der in Basel ansässige **Reise-Detailhändler Dufry AG** die Hellenic Duty Free Shops (HDF), indem die Firma in einem ersten Schritt 51% der HDF-Aktien für 200,5 Mio. Euro erwarb und sich Ende 2013 für 328 Mio. Euro (in Form von Kapital und eigenen Aktien) zur Übernahme des restlichen Aktienpakets entschloss.

Im Herbst 2013 wertete die schweizerische Grossbank **Crédit Suisse** ihr Repräsentationsbüro in eine Filiale nach luxemburgischem Recht auf. Die Filiale, die ausschliesslich im Private Banking tätig ist, verdoppelte im Zuge dieses Schrittes die Zahl der Mitarbeitenden auf zehn Personen.

Im Herbst 2013 kündigte **Nestlé** an, im Rahmen des europäischen Beschäftigungsprogramms „*Nestlé needs YOUth*“, das in Athen präsentiert wurde, im Zeitraum von 2013-2016 europaweit 10'000 Stellen und 10'000 Ausbildungsplätze für Stellensuchende unter 30 Jahren zu schaffen. Damit will der Nahrungsmittelkonzern sein Engagement für die Jugend in den Krisenländern Südeuropas unterstreichen. Auf Griechenland entfallen je 250 Plätze, was den besonderen Stellenwert des Landes unterstreicht. Nestlé ist in Griechenland bereits seit 1899 präsent, verfügt über vier Produktionsanlagen vor Ort und beschäftigt mehr als 1'000 Angestellte.

Informationen über die griechischen Investitionen in der Schweiz liegen der Botschaft keine vor.

## **5 Handels-, Wirtschafts- und Tourismusförderung, „Landeswerbung“**

### **5.1 Instrumente der Aussenwirtschaftsförderung**

In Griechenland wird die Förderung der Schweizer Wirtschaftsinteressen von der Botschaft wahrgenommen. 2013 hat die Botschaft begonnen, regelmässig ‚**Swiss Business Events**‘ auf der Residenz des Missionschefs zu organisieren und dafür als Gastredner prominente Vertreterinnen und Vertreter beider Länder aus Politik und Wirtschaft einzuladen. Zu den Networking-Anlässen werden die CEOs der grössten Schweizer Firmen in Griechenland eingeladen. Im Juni 2014 reiste

<sup>31</sup> Quelle: griechische Presse April 2015

**Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch** für einen bilateralen Besuch nach Athen und pflegte in diesem Rahmen auch den Kontakt mit den Schweizer Wirtschaftsführern.

Aufgrund der fehlenden kritischen Grösse gibt es in Athen keine offizielle **griechisch-schweizerische Handelskammer**. Eine private schweizerisch-griechische Handelskammer existiert in Zürich und wird dort von einem griechischen Geschäftsmann geführt.

## 5.2 Interesse des Aufenthaltslands für die Schweiz

**Tourismus:** Die Schweiz ist für viele griechische Touristen als Reisedestination begehrt. Nachdem im Rekordjahr 2009 über 51'000 Griechen die Schweiz besuchten, reisten 2015 nur noch knapp 34'000 Hellenen in die Schweiz (-34%). Schweizer Ferien sind mit einem ausgesprochen hohen Imagewert verbunden und dauern durchschnittlich 2,4 Tage.<sup>32</sup>

Im Mai 2015 fand zum zweiten Mal nach 2014<sup>33</sup> auf der Botschaft ein Promotionsanlass mit dem Director Emerging Markets & Special Projects bei **Schweiz Tourismus** statt.<sup>34</sup>

**Bildung:** Schweizer Hochschulen haben in Griechenland einen hervorragenden Ruf und die Schweiz gilt seit Jahrzehnten als attraktiver Ausbildungs- und Forschungsplatz. ETHZ und EPFL verfügen in Griechenland über ein gutes Alumni-Netzwerk. Einmal jährlich werden die rund **400 auf der Botschaft registrierten Alumni von Schweizer Schulen und Hochschulen** zu einem Treffen auf der Residenz des Missionschefs eingeladen. Seit 1961 wurden über **150 Bundes-Exzellenz-Stipendien an griechische Studierende** vergeben, 2 davon im laufenden Jahr. Das Absolvieren einer Schweizer Privatschule, aber auch der Besuch einer Schweizer Privatklinik (Rehabilitation, Schönheitschirurgie und Schlankheitskuren) sind beliebt und werden gerne nachgefragt.

Griechenland unternimmt seit einiger Zeit vermehrte Anstrengungen, sein Berufsbildungssystem zu reformieren und orientiert sich diesbezüglich stark an Deutschland, mit dem verschiedene Pilotprojekte laufen. Es bestehen direkte Kontakte zwischen dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie griechischen Stellen wie dem Arbeitsministerium und OAED, der für die Berufsbildung zuständigen Implementierungsbehörde. Generell wäre Griechenland stark daran interessiert, mehr von den **Erfahrungen der Schweiz bei der Berufsbildung** zu erfahren und davon zu profitieren.

Gemäss Informationen der griechischen Botschaft in Bern konzentrieren sich die griechischen Investitionen in der Schweiz insbesondere auf die **Gastronomie und den Import von Lebensmitteln und Getränken**. Entsprechende Anfragen auf der Schweizer Botschaft in Athen bestätigen diesen Eindruck. Darüber hinaus sind verschiedene Stiftungen und Institutionen bekannter griechischer Reedereifamilien in der Schweiz und in Liechtenstein ansässig.<sup>35</sup> Eine starke Präsenz in der Schweiz haben ferner die EFG Bank European Financial Group, die Bankensoftwarespezialistin Temenos Group SA aber auch die Pallas Kliniken AG. Reiche Griechen sind bekannt für **Immobilienkäufe** am Genfersee und einigen Alpenregionen (Berner Oberland, Graubünden). Eine Immobilie in der Schweiz gilt als wertsichere Investition.

Der **Finanzplatz Schweiz** ist für viele Griechen von grosser Bedeutung, indem er über Jahrzehnte für Sicherheit, Diskretion, Effizienz und Qualität bürgte. Das Interesse der griechischen Medien am Schweizer Finanzplatz ist ebenfalls gross. In den vergangenen Jahren sorgten u.a. Strafuntersuchungen im Zusammenhang mit grossen Korruptionsfällen (Fall Tsochatzopoulos) und der Liste Lagarde für beträchtliches mediales Echo. Mit dem Übergang der Schweiz zum Automatischen Informationsausgleich (AIA) ab 2018 und dem damit verbundenen Wegfall des Bankgeheimnisses setzen einige Griechen neuerdings ein Fragezeichen hinter die Verlässlichkeit des Finanzplatzes Schweiz. Andererseits führen anhaltende Ängste bezüglich möglichem Austritt Griechenlands aus der Eurozone zu einer **Kapitalflucht aus Griechenland**, die möglicherweise auch Schweizer Banken als sicheren Hafen zum Ziel haben. Über die Höhe griechischer Guthaben auf dem

---

<sup>32</sup> Quelle: Bundesamt für Statistik

<sup>33</sup> Beim damaligen Promotionsevent in Zusammenarbeit mit der Botschaft und Tourismus Schweiz kamen 60 Vertreter von Reiseagenturen und Reiseveranstalter auf der Residenz zusammen. Neben ST präsentierten die Marketingleiter von Interlaken, Villars-les-Diablerets und Swiss Travel Center ihre Produkte dem griechischen Publikum.

<sup>34</sup> Im Rahmen seines Besuchs kam ST-Direktor Federico Sommaruga auch mit Vertretern der griechischen Reisebranche sowie mit der Presse zusammen.

<sup>35</sup> z.B. Stavros-Niarchos-Foundation, Fondation Latsis International, Angelopoulos Foundation, etc.

Finanzplatz Schweiz gibt es keine verlässlichen Zahlen. Gemäss SIF werden 6,1 Mrd. CHF griechischen Kunden zugewiesen.

Im Rahmen der aktuellen Steuerpolitik und der Bekämpfung der Steuerhinterziehung wurden in der Steuerperiode 2012 die Steuerpflichtigen in Griechenland erstmals aufgefordert, ihre Auslandvermögen zu deklarieren. In diesem Zusammenhang wurde 2011 auch das griechische Bankgeheimnis aufgehoben.<sup>36</sup>

## **6 Bilaterale wirtschaftspolitische Agenda**

### **Güterhandel**

Schweizer Unternehmen haben wie zahlreiche andere in- und ausländische Firmen bei der Rückforderung der Mehrwertsteuer lange Wartezeiten zu gewärtigen.

### **Dienstleistungshandel**

Nach der Schliessung des UBS Repräsentationsbüros im Frühling 2015 ist in Griechenland nur noch die Grossbank **Crédit Suisse** mit einer Niederlassung nach luxemburgischem Recht präsent. Die Schweizer Finanzinstitute geniessen nach wie vor eine gute Reputation und die griechische Kundschaft bleibt den Schweizer Banken in der Regel treu.

### **Investitionen**

Abgesehen von bürokratischen Hürden, die es bei Investitionen in Griechenland zu überwinden gilt, sind der Botschaft keine Diskriminierungen von Schweizer Investoren gegenüber einheimischen oder solchen aus Drittstaaten bekannt.

### **Öffentliche Beschaffungen**

*Ist als Unterkapitel neu dazugekommen.*

### **Arbeitskräfte**

Grundlage bildet das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU. Bezüglich Anerkennung von Diplomen privater Institutionen zeigten sich die griechischen Behörden in der Vergangenheit nicht immer kooperativ. Aktuelle Diskriminierungsfälle sind der Botschaft keine bekannt. Während der letzten Jahre ist krisenbedingt das Interesse junger und gut ausgebildeter Griechinnen und Griechen an einer Arbeitsstelle in der Schweiz gestiegen.

### **Geistiges Eigentum**

In Griechenland begegnet man illegalen Kopien aller Art, einschliesslich Schweizer Uhren (siehe auch Kap. 8). Der Schwarzhandel, der sich zumeist in den Händen der Migranten befindet, floriert in den Strassen, Tavernen und an den Stränden. Polizeirazzien finden sporadisch, jedoch ohne nachhaltige Wirkung statt. Viele griechische Kleinunternehmen, insbesondere in der Bekleidungsbranche, verkaufen systematisch chinesische Ware als griechische. Auch im sensiblen Nahrungsmittelbereich sind oft Lebensmittel mit gefälschten Herkunftsangaben zu finden. Ein klassisches Beispiel ist das vom nahen Ausland importierte billigere Schafs- und Ziegenfleisch, das im Hinblick auf die höheren Gewinnmargen als griechisches deklariert wird. Lebensmittelkontrollen finden zwar statt, vermögen jedoch die Lebensmittelsicherheit nicht flächeneckend zu gewährleisten. Korruption und Personalmangel bei den Kontrollinstanzen macht es gefälschten Produkten in Griechenland leicht. Der Botschaft ist 2013 ein Fall von missbräuchlicher Verwendung des Labels ‚Swiss‘ bekannt geworden und hat die betreffende Finanzdienstleistungsfirma auf den Missbrauch aufmerksam gemacht.

Wie überall auf der Welt wird das Schweizer Kreuz zur Kennzeichnung medizinischer Einrichtungen verwendet.

### **Horizontale Politikfelder**

Siehe Bemerkungen unter Kapitel 8.

---

<sup>36</sup> Allein in der Schweiz sollen laut Spiegel vom 7.2.2011 bis zu 600 Mrd. Euro liegen. Diese Schätzung wurde von der griechischen Regierung umgehend dementiert und als unrealistisch bezeichnet.

**Wirtschaftsstruktur**

	<b>2010</b>	<b>2015<sup>37</sup></b>
<b>Verteilung des PIB (%)</b>		
Pirmärsektor	3,3%	4%
Sekundärsektor	15,7%	15,2%
Dienstleistungen	81%	80,8%
- davon öffentliche Dienstleistungen	-	-

<b>Verteilung der Beschäftigung</b>		
Pirmärsektor	11,4%	11,9%
Sekundärsektor	17,2%	13,8%
Dienstleistungen	71,4%	74,3%
- davon öffentliche Dienstleistungen	-	-

Quelle: [Hellenic Statistical Authority](#)

**Principales données économiques<sup>38</sup>**

	<b>2015<sup>est</sup></b>	<b>2016<sup>proj</sup></b>	<b>2017<sup>proj</sup></b>	<b>CH 2015</b>
<b>PIB (USD Mrd)</b>	195	194	203	665
<b>PIB/habitant (USD)</b>	18'064	18'034	18'873	80'675
<b>Croissance (% du PIB)</b>	-0.2	-0.6	2.7	0.9*
<b>Inflation (%)</b>	-1.1	0.0	0.6	-1.1*
<b>Chômage (%)</b>	25.0	25.0	23.4	3.3*
<b>Solde budgétaire (% du PIB)</b>	-4.2	n/a	n/a	-0.2
<b>Solde des transactions courantes (% du PIB)</b>	-0.0	-0.2	-0.3	11.4
<b>Dettes publiques (% du PIB)</b>	178.4	n/a	n/a	45.6

<sup>38</sup> Source: IMF, World economic data base April 2016

\* Source : SECO, Situation économique



## Handelspartner

Jahr 2015

Aussicht gemäss Aufenthaltsland

	Land	Exporte vom Aufenthaltsland (Mio. Euro)	Anteil	Ver.		Land	Importe vom Aufenthaltsland (Mio. Euro)	Anteil	Ver. <sup>39</sup>
1	Italien	2'876	11,3%	15,9%	1	Deutschland	4'528	10,6%	-3,3%
2	Deutschland	1'843	7,2%	4,2%	2	Russland	3'417	8%	-29,6%
3	Türkei	1'710	6,7%	-47,6%	3	Italien	3'337	7,8%	-5,6%
4	Zypern	1'416	5,6%	14,4%	4	Irak	3'011	7,1%	-22,3%
5	Bulgarien	1'272	5%	-5,9%	5	China	2'552	6%	2,3%
6	USA	1'247	4,9%	54,6%	6	Niederlanden	2'319	5,4%	-1,1%
7	Vereinigtes Königreich	1'065	4,2%	10%	7	Frankreich	1'893	4,4%	-11,9%
8	Ägypten	755	4,1%	38%	8	Spanien	1'540	3,6%	-3,3%
9	Libanon	611	3%	25,5%	9	Südkorea	1'472	3,5%	0,1%
10	Saudi Arabien	784	2,9%	-6,0%	10	Kasachstan	1'424	3,3%	-41,2%
<b>41</b>	<b>Schweiz</b>	<b>131</b>	<b>0,5%</b>	<b>18%</b>	<b>22</b>	<b>Schweiz</b>	<b>429</b>	<b>1,0%</b>	<b>-8,5%</b>
	EU-19	9'491	37,3%	13,5%		EU-19	16'800	39,5%	-3,6%
	EU-28	13'557	53,3%	10,6%		EU-28	22'040	51,8%	-1,7%
	<b>Total</b>	<b>25'458</b>	<b>100%</b>	<b>-5,3%</b>		<b>Total</b>	<b>42'584</b>	<b>100%</b>	<b>-9,8%</b>

Quelle: [Hellenic Statistical Authority](#)<sup>39</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Echanges commerciaux (Total 2)<sup>40</sup>**

	<b>Export</b> (Mio. CHF)	<b>Variation</b> *** (%)	<b>Import</b> (Mio. CHF)	<b>Variation</b> *** (%)	<b>Solde</b> (en Mio.)	<b>Volume</b> (en Mio.)
2005	1'157	-2.5	250	59.4	907	1'407
2006	1'305	12.9	316	26.4	989	1'621
2007	1'613	23.5	226	-28.4	1'387	1'839
2008	1'673	3.7	184	-18.8	1'489	1'857
2009	1'448	-13.4	229	24.7	1'219	1'677
2010	1'286	-11.2	222	-2.8	1'064	1'508
2011	1'099	-14.6	144	-35.6	955	1'243
2012*	959	*)	173	*)	786	1'132
2013	901	-5	174	1.0	727	1'075
<b>2014</b>	<b>900</b>	<b>-1.1</b>	<b>158</b>	<b>-9.5</b>	<b>742</b>	<b>1'058</b>
(Total 1)**	(894)	(-1.2)	(154)	(-7.3)	(740)	(1'048)
<b>2015</b>	<b>794</b>	<b>-12</b>	<b>148</b>	<b>-6</b>	<b>646</b>	<b>942</b>
2015 (Total 1)	768	-12	145	-6	643	932
2016 (V)	361	0.6	67	10	294	428

\*) Avec effet au 01.01.2012, L'AFD a procédé à des changements méthodologiques de calcul des importations et exportations. Dès lors, les comparaisons entre 2012 et les années précédentes ne sont plus possibles.<sup>41</sup>

\*\*\*) Total "conjoncture" (total 1): sans l'or en barres et autres métaux précieux, les monnaies, les pierres précieuses et gemmes, ni les objets d'art et antiquités

\*\*\*) Variation (%) par rapport à la période de l'année précédente

**Répartition par produits (Total 2)<sup>42</sup>**

<b>Exportations</b>	<b>2015</b> (% du total)	<b>2014</b> (% du total)
1. Produits pharmaceutiques	61	66
2. Horlogerie	11	10
3. Produits chimiques	8	8
4. Machines	6	5

<b>Importations</b>	<b>2015</b> (% du total)	<b>2014</b> (% du total)
1. Produits agricoles	31	28
2. Textile et habillement	16	17
3. Métaux communs	17	12
4. Produits pharmaceutiques	9	11

<sup>40</sup> Source : Administration fédérale des douanes AFD, Total général (total 2): avec l'or en barres et autres métaux précieux, les monnaies, les pierres précieuses et gemmes ainsi que les objets d'art et les antiquités. Le total 2 avant 2012 ne contient pas l'or, l'argent et les monnaies.

<sup>41</sup> *Importations*: Utilisation du concept de „pays d'origine“ et non plus celui de „pays de production“. Le *pays d'origine* est celui où la marchandise a été entièrement ou principalement produite. Le *pays de production* désigne le territoire sur lequel un produit circulait librement avant son importation en Suisse. *Exportations/Importations*: Les **chiffres du commerce extérieur de l'or, de l'argent et des monnaies** sont ventilés selon les pays et font partie intégrante de la statistique du commerce extérieur suisse (total général) dans la banque de données en ligne *Swiss-Impex*.

<sup>42</sup> Total général (total 2): avec l'or en barres et autres métaux précieux, les monnaies, les pierres précieuses et gemmes ainsi que les objets d'art et les antiquités (Administration fédérale des douanes).

## Hauptinvestoren nach Land

Jahr 2014

Platz	Land	Direktinvestitionen (Euro, Bestand)	Anteil	Veränderung	Flüsse im vergangenen Jahr (Euro)
1	Luxemburg	4'797	25,8%	-4,1%	-204
2	Deutschland	4'574	24,6%	0,1%	6
3	Niederlanden	4'465	24,1%	24,1%	1'005
4	Frankreich	1'511	8,1%	-31%	-677
5	USA	1'415	7,6%	88,8%	666
<b>6</b>	<b>Schweiz<sup>43</sup></b>	<b>1'176</b>	<b>6,3%</b>	<b>1%</b>	<b>11</b>
7	Spanien	1'036	5,6%	3,7%	37
8	Belgien	985	5,3%	6,9%	63
9	Italien	835	4,5%	9,8%	75
10	Irland	389	2,1%	207,8%	263
	EU-28	13'899	74,9%	-9,5%	-1'458
	Euro-Area	14'387	77,5%	-6,7%	-1'039
	<b>Total</b>	<b>18'560</b>	<b>100%</b>	<b>-1%</b>	<b>-184</b>
Platz	Land	Direktinvestitionen (Euro, Bestand)	Anteil	Veränderung	Flüsse im vergangenen Jahr (Euro)
1	.....	.....	..%	+/- ...%	....
2	.....	.....	..%	+/- ...%	....
...	.....	.....	..%	+/- ...%	....
...	UE	.....	..%	+/- ...%	....
...	Suisse	.....	..%	+/- ...%	....
	Total	.....	100%	+/- ...%	

Quelle: Bank of Greece

<sup>43</sup> Die schweizerischen Investitionen werden in den Statistiken der griechischen Zentralbank erstmals 2006 separat erfasst. Der hier aufgeführte schweizerische Investitionsbestand ist deshalb viel niedriger als der Investitionsbestand der SNB, der sich auf 2,1 Mrd. CHF beläuft.